

# Halle'sches Tageblatt.

Erfolgt täglich Nachmittags  
mit Ausnahme der Sonn- und  
Feiertage.

Abonnementpreis  
vierteljährlich für Halle und durch  
Post bezogen 2 Mark.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Kietzmann.  
Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Aufhals Nr. 289.

Insertionspreis  
für die fünfzehntägige Corvus-  
Seite oder deren Raum 12 Pf.

Reklamen  
für den Tageskalender die drei-  
zehntägige Seite oder deren  
Raum 30 Pf.

Nr. 262.

Freitag, den 8. November 1899.

90. Jahrgang.

## Zum Sozialistengesetz.

Halle, 6. November.

Der zweite Tag der Verhandlungen über das Sozialistengesetz brachte im Grunde genommen nur an einer Stelle erhebliches Material, nämlich in den Erklärungen des Ministers Herrfurth. Wenn die Opposition sich gegenwärtig hat, Erklärungen von Minister Herrfurth im Spott und Hohn zu überschütten, wie es heute Herr Mundel gethan hat, so beweist sie nur wieder, daß sie in der Antifonktion den höchsten Gipfel nicht. Für das Parlament, und zwar nach Jahr und Tag auch für die Herren von der Opposition, sind solche Erklärungen doch von höchster Bedeutung. Sie legen Zeugnis ab von dem auf Seite der Regierung herrschenden Besitze des Geistes. Der ganze Verlauf eines Gesetzes muß sich nach ihnen richten und die parlamentarische Kontrolle dieser Gesetzesausführung darf sich auf sie berufen, ein Recht, von dem Niemand mehr Gebrauch macht als die Opposition. Eben deshalb sollten ministerielle Erklärungen, wie sie heute gegeben werden, auch mit Ernst gewürdigt werden. Daß es nicht mehr in dem Maße geschieht, wie bis Ausgang der siebziger Jahre, braucht sich übrigens Minister Herrfurth für seine Person nicht unangenehm zu denken, es ist der Schatten seines Vorgängers, der noch in die Gegenwart herein bemerkbar ist. Ebenfalls aber verdient es volles Vertrauen, wenn der Minister für sich die Zustimmung gibt, das Sozialistengesetz solle als „Spezialgesetz“ durchaus noch beizubehalten geblieben werden, als ob es schon das frühere „Ausnahmengesetz“; es solle nimmermehr gegen sozialwirtschaftliche Bestimmungen an sich, nur gegen extensivere Umfangbestimmungen als Waffe dienen. Einem guten Eindruck konnte die Versicherung machen, daß das Untersuchungsverfahren, die Vernehmung machen, das auf äußerster Seltsamkeit beruht, sei, künftig noch viel sorgfamer in Anwendung kommen soll. Wenn der Herr Minister eine Bemerkung des Gesetzes auf Zeit damit verteidigt hätte, wäre die Mehrheit sofort zu Stande gebracht. Die Forderungen nach verlässlichen Rechtsbürgschaften allerdings, wie sie gestern vom nationalliberalen Wortführer erhoben wurden und für ein Gesetz, das die Ministerperson überdauern, unabweislich sind, werden noch Gegenstand zu weiterer Behandlung in der Kommission sein müssen. Daß die Entscheidung bei den Nationalliberalen liegt, ist nachgerade zweifellos, daß die Verständigung zwischen ihnen und der Regierung um einen Schritt vorwärts gekommen sei, ist ihnen wenigstens aus der heutigen Verhandlung hervorzugehen. Alles Andere, was sonst heute gesprochen wurde, hat wohl nur vorübergehenden Tageswerth als Kritik der gestrigen Leistungen, die man sich gegenwärtig anrechnen läßt. Der Hauptangriffspunkt war die gefirte Rede Viehnecht's, sowohl für den konservativen Redner, Herrn Hartmann, als für dessen jachfälligen Landsmann, Generalstaatsanwalt Seid. Ersterer hätte sich übrigens kein Bittfänger-Glaubensbekenntnis für schärfere Maßregeln gegen die Sozialdemokratie recht wohl sparen können. Legner wollte mit besonderem Glanz die ewige Unterwürigkeit des Ansehens unseres Reichthums ab. Herr Mundel erstgrte eine Stunde lang den hinter ihm stehenden Herrn Singer und den neben ihm stehenden Herrn Nebel mit Schänen und Krugschüssen, die umgafur auf derselben politischen Höhe standen, wie die Verteidigung des Weizenbauers, der Herrn v. Bemmigen in größtlicher Weise beleidigt hatte. Ihre fassliche Höhe erreichte die Rede des Herrn Mundel mit der Ausführung, daß es überhaupt keine Zustandsgebe, die darüber zu befinden habe, ob jemand außerhalb des gemeinen Rechts stehe oder nicht. Dann wieder schließend die Anarchisten Herrn Mundel auch zum Verteidiger anrufen, um so mehr, als dieser bereits bestritt, daß es für den Staat als solchen ein Nothrecht gäbe. Nachdem noch Namens der Freikonfessionar Herr Nobbe in längerer Ausführung sich auf Gunsten der Vorlage ausgesprochen hatte, wurde die Debatte auf morgen verlegt.

## Reichstag.

(Originalbericht des „Halle'schen Tageblattes“.)

x. Berlin, 6. November. — 9. Sitzung.

Tagesordnung: Erste Beratung des Gesetzes, betr. die Änderung des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1898.

Am Ende des Bundesrathes: von Wittlicher, Herrfurth, Bundesbevollmächtigter und Commisarius. Präsident von Lebesom eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten mit dem Vortrage der Regierung. Abg. Garimann (lib.). Er sei von Abg. Viehnecht zum Anarchisten bestritten worden; weiter habe sich Viehnecht der Annahme geäußert, die ihn in Frankreich aufgefunden worden, überhaupt in seiner gegenwärtigen Rede die Sozialdemokratie gerühmt und das Reichthum verurtheilt. Redner nimmt die

verbündeten Regierungen gegen die Angriffe Viehnecht's in Schutz, indem er ausführt, daß das Sozialistengesetz nicht gegen den Sozialismus gerichtet sei, sondern gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen derselben, gegen die Verhöhnung aller staatlichen und göttlichen Einrichtungen und Gelebe. Unabweislich ist es allgemein, daß die Sozialdemokraten gegen ein Gesetz seien, von dem sie nichts erwarten, daß es ihre Interessen neu erfüllt hätte; ihre Opposition ist daher gänzlich unbegründet. Die Vertheilung eines festgestellten Gelebes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten sei unbedeutend erörterlich, schon um die Arbeiterkreise von den Bestrebungen derselben zu trennen. Die Sozialdemokratie habe bis jetzt zu Gunsten der Arbeiter so gut nichts gethan, die moderne soziale Gelebe mit allen ihren Einrichtungen zur Förderung des Wohllebes der Arbeiter sei ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie zu Stande gekommen; die Arbeiter hätten die Vertheilung ihrer Lage in politischer und sozialer Richtung nicht den Sozialdemokraten, sondern lediglich dem Königthum zu verdanken. (Bravo von den Konservativen und Nationalliberalen.) Er könne mit Freuden konstatieren, daß die deutschnationalistische Partei, in deren Namen er spreche, in der Sache des Nationalsozialismus einig sei; sie sei für ein dauerndes Sozialgesetz; sie stimme darin der Regierung zu, daß das Gesetz nicht auf Zeit, sondern auf die Dauer zu bewilligen sei, denn die zeitweilige Bewilligung rufe unnißige Anregung hervor, während die dauernde Festsetzung der Regierung nur ihren Willen in der Sache der Arbeiter und Arbeiterinnen; auch für größere Reichthümer, die keine Reichthümer könne seine Partei nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß Änderungen des Gesetzes schon am Platze seien; da aber die verbündeten Regierungen keine größere Nachvollkommenheit, wie im Gelebe vorgelegen, verlangen, so sei es nicht ihre Sache, über die Vorlage hinauszufragen, die freilich den Sozialdemokraten sehr entgegen komme.

Minister Herrfurth. Der Abg. Viehnecht habe im Reichstag in erregten Tone erklärt, seiner Partei sei es gleichgültig, ob das Sozialistengesetz in seiner jetzigen Gestalt beibehalten, geändert, abgeändert werde; eines jeden Wortes gegenwärtig müsse man sich zur Ueberzeugung gelangen, daß sie es am liebsten sehen würde, wenn nicht das Sozialistengesetz, sondern das ganze Strafgesetz abgeändert würde. Die Sozialdemokratie habe in ihren letzten Jahren auf den finanziellen und gesellschaftlichen Umkreis, gegen solche Mäße nicht sich der bestehende Staat schämen. Wenn ein Vordränger gesagt habe, die sozialdemokratischen Führer hätten nicht das Recht, sich als Vertreter der Arbeiterklasse aufzuführen, so gehe er noch weiter, er werde ihnen sogar die Vertretung als Abgeordnete der Sozialdemokratie antzweifeln, denn es gebe auch eine große Anzahl Sozialisten, die nicht so weit gingen, wie die Anarchisten; deren Vertreter seien die sozialdemokratischen Führer, und sich gegen die Mäße dieser revolutionären Sozialdemokratie zu erklären, sei die unbedingte Pflicht des Staates. Auf die Mäße der Spring-Walzer gehe Redner nicht weiter ein, er habe schon in den Aussagen schon vorgelesen ganz idiosyncrasisch und habe Mäße er habe die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten nicht, nicht zurück zu halten; es sei unangebracht, die Bestimmungen des Sozialistengesetzes hinsichtlich der politischen und kirchlichen Bestimmungen seien konstant worden, um den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten entgegen zu treten; das Gesetz sei sowohl kein Ausnahmengesetz, sondern ein Spezialgesetz zu einem solchen sei man gelangt, weil es nicht gegen Zeit, eine andere Modalität zu finden, die nicht über das Ziel hinausgeschossen oder die Maßnahme der Regierung abzuwählen. Zudem sei es immerhin möglich, daß man nach längerer Erwägung an einem besseren Resultate gelangen werde. Das Gesetz sei aber auch nicht gerade wenig und unnißig, sonst würden die Sozialdemokraten das Gesetz nicht so erwidert beklammern. Das Gesetz habe seinem Zweck entsprochen, müße aber nach der Ansicht der verbündeten Regierungen noch weiter ausgedehnt werden, um die Wirkungen desselben nicht zu erzielen. Gar und unrecht sei das Gesetz deshalb nicht, weil es sich innerhalb derselben Strafbestimmungen bewege, wie die andere Strafen und Vollstreckung. Durch die Dauer des Gesetzes endlich war die Macht und Macht der Regierung bei Wiederholung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gestärkt. Wenn der Abg. Probleme gelag habe, daß gegenüber Antimilitaristen und Sozialdemokraten mit vertheiltem Maße gemessen werden, so habe Redner zu konstatieren, daß der Probleme die Frage ist, die er angesprochen, unbedeutend stellen könne, denn in jenem Sinne, das dem Redner vorliege, seien nicht die Antimilitaristen der deutschen Antimilitaristen, sondern die der französischen Sozialisten, also der Gefinnungsgenossen des Herrn Abgeordneten, wiederzugeben; dies nun beweise, wie Herr Probleme zitiere. Der Beschaffungszustand mit dem Rechte der Ausweisung sei allerdings eine harte Maßregel, die aber auch nicht gerade die Zurückhaltung gehandelt; in Preußen ist seit Jahr und Tag eine Verdonnerung angewiesen, zahlreichen Ausgewiesenen oder die Maßregel gesteuert worden. Die Ausweisung sei eben die ultima ratio, die aber für unabweislich erachtet werde, schon weil sie abschreckend auf die Verbreiten an deren Stelle zu setzen, sei unrichtig, da die Dürftigkeit der Partei sie wirkungslos machen würde, während Gefinnungszustand nur Mäße erzeugen. Um der Regierung die Möglichkeit zu bieten, den kleinen Verlagerungszustand früher anzuhängen, sei die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen worden, daß die einmal erfolgte Ausweisung auch nach Wiedererwerb des Verlagerungszustandes in Kraft bleiben darf; mit der gleichzeitigen Ablese der zahlreicher Mäße seien eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbunden. Redner behaupten gegen das Sozialistengesetz keine eine Reichthümer unabweislich; dieselbe diese fäher alle Reichthümer gegen Mäße gleiche Bestimmungen. Eine möglichst dauernde Selbstverpflichtung sei wünschenswert; die bisherige Bewilligung auf zwei Jahre habe sich den Nachteil gezeigt, daß die Mäße bei Ablauf des zweiten Jahres doch, was der erste Satz aufweist hatte, wieder zerrhöre. Die Sozialdemokratie müsse festhalten werden durch gemeingefährliche Arbeit des Staates, der Gemeinen, der Gesellschaft, durch Bewilligung geerdeter Forderungen der Arbeiter und Förderung ihrer berechtigten Interessen, durch Schule und Kirche. Um dies zu ermöglichen, sei

das Sozialistengesetz unabweislich. Die Regierungen beklagen es hier, daß zur Zeit ein solches Gesetz noch unabweislich ist; es handelt sich aber um die Wohlthat und Sicherheit des Staates. Salus publica suprema lex (Bravo).

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Seid, (auf der Journalen tribüne völlig unvernehmlich) nimmt die sächsische Regierung gegen die unbedeutlichen Bewirkungen der sozialdemokratischen Redner in Schutz und weist deren Unhaltbarkeit nach. Im weiteren Verlauf seiner Rede wendet sich Redner gegen einzelne Meinungen, welche in launender Debatte in mißbilligender Weise über das Sozialistengesetz geäußert sind.

Abg. Munkelt (lib.). Wenn der sächsische Bundesbevollmächtigter gesagt habe, der „Sozialdemokrat“ habe den politischen Meinere gerechtfertigt, so lege er, daß das Sozialistengesetz den politischen Meinere gerechtfertigt aber nicht gerechtfertigt habe. Es sei anzuerkennen, daß die Regierungen offen die Vereinerlichung des Sozialistengesetzes ausgedehnt, aber von einer Wirkung des Gesetzes seit 11 Jahren kein Wort mehr gesprochen wurde, bis der Kanzler das Wort: „Wir Deutsche fürchten außer Gott Niemand“, noch nicht gesprochen gehabt, heute habe er so große Furcht vor den Sozialdemokraten, daß man das Sozialistengesetz immer noch nicht erheben zu können glaube; man sage, das Gesetz sei nicht, weil das Uebel sonst noch nicht entstanden geworden sein würde; diese Logik begreife er nicht. Von den Sozialisten, obgleich sie selbst sagen, daß das Gesetz ihnen gegenständig habe, könne man doch nicht verlangen, daß sie trotzdem für die Bekämpfung des Sozialistengesetzes stimmen, welches sie für ein politisches Unrecht halten. Das Sozialistengesetz sei lediglich eine gute Bekämpfung für die Sozialdemokratie. Redner bemängelt die Handhabung des Sozialistengesetzes durch die unteren Organe und führt einige Beispiele aus der Aufstellungsvoratz der Versammlungen an, die das Befähigen sollen. Eine die zu spät erretende Rede sei noch zu hören. Die logische Nothwendigkeit des Staates sei eine Lebensart; wenn sonst jemand den Boden des gemeinen Rechts verläßt, so bleibe man ja sonst auf diesem Boden stehen und giebt nicht gleich Ausnahmengesetze, sondern nur die Gesetze, die die Regierungen selbst ausgeben, daß die Entscheidung, nämlich das Uebel der Sozialdemokratie ein dauerndes geworden, siehe jedes Recht, die Ausnahmengesetzgebung noch weiter ausdehnt zu erlauben. Man könne den Boden gemeinen Rechts zurück. Das Sozialistengesetz verleihe den Sozialdemokraten, was allen anderen Vertheilern erlaubt sei. Der Unterschied zwischen Ausnahmengesetz und Sozialgesetz, wie die Nationalliberalen ihn erfinden, sei fäherlich; die Wirkung bleibe dieselbe; auch die Todtstrafe sei eine Art des Gesetzes, denn vor 1878 habe man nicht angenommen, daß die Todtstrafe noch gar nicht gekannt. Das gemeine Recht genüge zur Verurteilung gemeingefährlicher Bestrebungen auch auf Seiten der Sozialdemokraten; die angeblich verbesserte „Reichskommission“ sei vielmehr eine Vertheilung des Gesetzes. Die Praxis habe bewiesen, daß Ausweisungen nur sehr selten angenommen worden seien, aber der Minister ausgeführt, damit sei bewiesen, daß die Ausweisungsvorschriften entgegenliege. Nach seiner Meinung sei die Vorlage unannehmbar.

Abg. Nobbe (lib.) tritt den Ausführungen der vorstehenden und sozialdemokratischen Redner gegen das Sozialistengesetz unter Zustimmung an. Er habe, welche sich der Handhabung des Gesetzes entgegen, entgegen, entgegen. Die Sozialdemokratie stimmere sich nicht um das Wohl der Arbeiter, sondern sie predige nur blutigen Haß gegen die Arbeiter und die Mäße, die dem Haße sich und heilig werden sei. Die sozialdemokratischen Führer verbreiten mehr boshafte Reden, als die Arbeiter zu verstehen und ihren Zween desto fäher zu machen; die Regierungen würden als die natürlichen Feinde der Arbeiter verurtheilt. Redner stellt weiter einige Angaben des Abg. Viehnecht, wie er englische Reichthümer nicht, wie die Arbeiter die von der Regierung demtrage Sozialgesetz beklamen die Handhabung gegeben werde, das Volk gegen Massenagitationen wirksam zu schützen; mit um so größerer Zuversicht auf Erfolg werde man dann an den weiteren Ausbau der modernen Sozialgesetzgebung gehen dürfen. Ein dauerndes Sozialistengesetz werde sehr bald die wohlthätigsten Folgen auf die Entscheidung des deutschen Volkslebens zeitigen; es sei ein Akt der Nothwendigkeit des Staates, wenn er sich in seinem Streben für die Wohlthat des Volkes gegen Leute zu schützen luge, die offen und abertem gegen Staat und Gesellschaft feindlich sind.

Abg. v. Polze (lib.) führt unter großer Umarm des Saales aus, weshalb seine Partei gegen die Vorlage des Sozialistengesetzes stimmen werde; seine Partei sei prinzipiell gegen die Entscheidung. Seine Landleute hätten sich bisher bessere Entscheidungen mit Ausnahmengesetzen gemacht; man könne ihnen daher nicht zumuthen, bei Bewilligung solcher Ausnahmengesetze mit zu helfen. Redner ergeht sich in Klagen über Vernachlässigung der politischen Schulen und wird vom Reichstribunen erwidert, daß der Sache zu bleiben. Auch in seiner Provinz gebe es zahlreiche Leute, welche an der sozialdemokratischen Fronte stehen; trotzdem könne sich keine Partei nicht enthalten, die die Kranten der Volkstheil der Ausnahmengesetzgebung zu überlegen. Am 5 Uhr 10 M. erfolgt Vertagung auf Donnerstag Mittag 1 Uhr.

## Politische und Tages-Chronik.

≡ Halle, 6. Nov.

Der Reichsetat für 1899/91 unterliegt jetzt zum größten Theil der Beratung der Budgetkommission und es läßt sich wohl voraussetzen, daß bei den Titeln 8 und 10 (Etat der Post, Telegraphen und Eisenbahnen) sich wieder eingehende Debatten an die Gehaltsverhältnisse der Beamten und mittleren Beamten knüpfen. Im Reichsetat treten allerdings diese Verhältnisse der Beamten nicht so hervor, als ja das Glos der Eisenbahnbeamten zu den Titeln der Einzelstaaten gehört, während hingegen Herr v. Stephan für seine Unterbeamten alles nur Mögliche thut. Gleichwohl war der Ge-

Samtendruck des Reichstags hauptsächlich deswegen mit ein so unglücklicher, weil eine durchgehende Berücksichtigung der geistlichen Lebensbedürfnisse der kleinen Reichsbeamten nicht darin zu finden war. Nur Herr v. Stephan hat die Aufhebung der Gehaltsverhältnisse einzelner Kategorien allerding in nicht sehr erheblichem Maße vorgeschlagen. Es liegt aber deshalb wohl zu erwarten, daß in der Budgetkommission nach dieser Seite hin die Verhandlungen weitergeführt werden. Ebenfalls ist aber auch zu erwarten, daß nimmere in Preußen die weiteren Schritte zur Aufhebung des unteren Beamtenstandes gehen. Selbst der konservativste Herr von Kardorf stimmt in dieser Hinsicht mit Herrn Richter überein. So sagte der Erste in der Reichstags-Sitzung vom 30. Oktober d. J., als er von dem Notstand überhaupt sprach: „Herr Richter vermochte nur eines anzuführen, das sind die kleinen Beamten. Ja, ich gebe darin Herrn Richter vollkommen Recht: die kleineren Beamten sind die mittleren und ein Teil der höheren Beamten sind in ihren Bezügen und Gehältern bei den geistlichen Lebensbedürfnissen, wie sie die Zeit bringt, sehr schlecht gestellt, und ich werde dem Herrn Richter gern die Hand bieten, im preussischen Abgeordnetenhaus eine entsprechende Gehaltsverhöhung herbeizuführen, wie sie schon seit Jahren möglich war. Ich hoffe, daß die preussischen Finanzen es erlauben werden, schon in diesem Jahre mit einer gründlichen Aufhebung vorzugehen, die sehr notwendig ist. Das ist aber auch die einzige Klasse, die Herr Richter ansprechen konnte, wo er mit einigen Rechten jagen konnte: „Das ist Geld, das ist Geld, da können die Hausfrauen mit Recht klagen, daß jetzt die Wirtschaft tiefer ist.“ — Wann können sich nur freuen, wenn diese Anregung des konservativen Parlamentarier auf fruchtbaren Boden fällt. Aber noch ein Punkt ist gerade bei dem unteren Personal zu beachten: das ist die Ueberanstrengung der mittleren und kleineren Beamten, wie sie gerade bei den Eisenbahnen zu Tage tritt. Es ist doch sehr zu überlegen, ob man nicht im Interesse der allgemeinen Sicherheit die Arbeitszeit abkürzen soll. Ueberall, wo man auch mit solchen kleineren Beamten der Eisenbahnen spricht, herrscht nicht so sehr die Klage über den niedrigen Gehalt, als vielmehr über die ausgeübte Arbeitszeit. Und man muß in der That diese Klage gerechtfertigt finden, wenn man z. B. in dem Berliner Vorortsbereiche sieht, wie die unteren Beamten oft eine zwölfstündige Arbeitszeit haben, die sich fast dreimal in der Woche über die Nachtzeit erstreckt. Die Verantwortlichkeit der Beamten ist eine außerordentlich große; man sollte aber infolgedessen auch dafür sorgen, daß sie nicht übermüdet würden und deshalb ihre Pflicht nicht ganz erfüllen können.

Berlin, 6. November.

§ Ob das Socialstengesez in seiner jetzigen Fassung eine Mehrheit hätte gefassen wollen, ist noch durchaus nicht sicher. Das Centrum ist wie gewöhnlich zweierlei Meinung; die eine Partei will das Gesez überhaupt abgelehnt haben, die andere will nur ein in der Zeitdauer beschränktes Gesez bewilligen. Die Conservativen dürften für Bewilligung der Vorlage stimmen.

Die Nationalliberalen scheinen jedoch noch zu keinem festen Entschluß gekommen zu sein und erst die eingehenden Erörterungen der Kommission abwarten zu wollen. Den Standpunkt, den gestern Herr v. Cuny in „charakteristischer Weise“ vertrat, daß man ein dauerndes Gesez mit größerer Garantie und geistlichen Controllen umgeben müsse, als die jetzige Vorlage biete, dürfte von einer großen Anzahl seiner Parteigenossen geteilt werden. Sehr ausgebeutet werden übrigens die Debatten nicht werden. Heute findet sicherlich die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission statt, in der die Hauptverhandlungen geführt werden sollen. Es ist auch klar, daß bei der Menge juristischer Spezialfragen, welche bei dem Gesez zur Sprache kommen müssen, eine Kommission die richtige Stelle zur Beratung ist. — Was übrigens das Banlgesez anbetrifft, welches Ende dieser Woche zur Verhandlung steht, so erwartet man sicher eine schnelle Erledigung durch eine große Mehrheit. Die Herren Agrarier und Bimetallisten werden daran nichts ändern können.

§ Die Nachrichten der „Kreuzzeitung“, daß für das neue deutsche Schutzgebiet von Witu bis Kismaju eine neue coloniale Gesellschaft in der Bildung begriffen sei, auf welche die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft ihre Rechte übertragen wolle, dürfte der Wahrheit ziemlich nahe kommen, doch scheinen die diesbezüglichen Verhandlungen noch. Eine Verfestigung für eine Neuorganisation der Besitzverhältnisse an der dortigen Küste dürfte auch darin zu finden sein, daß bislang noch nicht bekannt geworden ist, auf welche die Deutsche Gesellschaft erklärte. Die Witu-Gesellschaft scheint in dieser Beziehung nicht in Betracht kommen zu können, da sie ja nach eigenem Geständnis nicht die Kapitalkraft besitzt, die Kolonisation des neuen Gebietes durchzuführen. Man hat deshalb wohl auf die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft zurückgegriffen, welche bis das offizielle Zeitalter schon vor einiger Zeit ausgesprochen wurde, eine Neuorganisation und Erweiterung hauptsächlich in finanzieller Beziehung. Auch das Streben nach einer Centralisation unterer Colonialbesitzhümer in Ostafrika ist deutlich zu erkennen, und dürfte hierbei wiederum die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft das geeignetste Fundament abgeben, an welches sich alle kleineren Schöpfungen anlehnen können. Die nächste Zeit wird jedenfalls in dieser Beziehung noch manche Ueberlegungen bringen welche die Colonialpolitik des Fürsten Bismarck in ein glänzendes Licht zu stellen geeignet sind. Auch die zu erwartende Colonialdebatte im Reichstag wird hier Aufklärung schaffen.

§ Die Hübshpott aus Zanibar, welche durch das Deutsche Bureau als Gerücht ausgegeben wurde, erregte, wie sich denken läßt, allseitig große Verärgerung, auch in parlamentarischen Kreisen. Man umstand im Foyer die Aushängetafel der Wolff'schen Devisen und besprach allgemein mit schmerzlicher Theilnahme das Mißgeschick des Unternehmers der Expedition und seiner Freunde. Leider wurde das Gerücht nur allzu früh beseitigt. Bei der Witu-Gesellschaft war eine Nachricht aus Lamu eingelaufen, die dem auswärtsigen Amt zugestellt wurde, wofolst dem Benehmen nach auch eine direkte Meldung aus Zanibar

zwischen eingetroffen war. Aus diesen 3 Meldungen zusammen ergibt sich, daß der vor 3 Wochen aufgetauchene Unterfuchungsstrupp (Führung Lieutenant Ruff v. Worder) im Augenblick der Katastrophe noch nicht zu Peters gelangt war und man darf wenigstens noch hoffen, daß dieser Teil der Expedition unversehrt wieder die Küste erreichen kann. Welches Hindernis sich der Vereinigung von Ruff und Peters in den Weg gestellt hat, ist z. B. noch fraglich. Es bleibt nur die Vermuthung, daß Peters selbst in den letzten Wochen seinen Vortragsfortschritt, möglicherweise veranlaßt durch das vom Innern zu ihm gelangte Nachrichten von der Verdrängung Wabels durch die Madhiffen. Vielleicht auch haben ihm die Massais falsche Nachrichten zugesendet und ihn in den Hinterhalt gelockt. Bestätigt wird, daß es nicht die Somalis, sondern die Massais gewesen sind, die ihn und seine Karawane antrieben. Das Gerücht, daß Ziemann als Verwundet entkommen sei, wird hier gelauscht. Wahrscheinlich fandte er die Boten mit der Schredensnachricht zur Küste. Wie beiläufig noch bemerkt sei, werden coloniale Interessen Deutschlands von diesem höchst traurigen Vorfall nicht gefährdet.

\* Koburg, 6. November. Der Großfürst Alexius und der Herzog von Coburg sind heute Nachmittag aus Paris hier eingetroffen. Gleichzeitig ist die Herzogin von Coburg mit ihren Töchtern aus Stuttgart hier angekommen.

\* München, 6. November. Abgeordnetenhaus. Der heute auf der Tagesordnung stehenden Diskussion der vom Centrum gestellten Anträge wohnten die Minister von Cuny und von Meißel bei, als Zuhörer war auch der preussische Gesandte Graf von Kanitz anwesend. Abgeordneter Geiger leitete als Antragsteller die Debatte ein: Die Centrumspartei wolle keine Verfassungsänderung, sondern nur eine Wiederbeseitigung des bis 1870 Seitens der Krone Bayerns dem Papste und der Kirche bezüglichen Wohlwollens bei der Ausföhrung der Verfassungsbeschlüsse und des Placetum regium. Kultusminister Dr. von Cuny protestirte zunächst energisch gegen den Vorwurf der Mitteldeutschen an einer angeblichen Geringschätzung des Zeitgeistes und führte aus, es hätten auch andere als die gegenwärtige Regierung die Kirche in Gegensatz zum Staate gebracht; Differenzen des Staates mit der Kirche würden niemals enden. Der Centrumsantrag bezügliche, der Krone nahezuweisen, doch einen anderen Kultusminister zu ernennen. Er, der Minister, halte unentwegt fest an dem vertriebenen Recht der Krone. Mit Recht habe der Kaiser des großen Staatmannes Fürsten Bismarck erwähnt, bezüglich bleibe auch bei ihm ein Vorbehalt über die Milderung des Reichskulturkampfes tangbar doch keineswegs die rein haterische Placet-Frage. Er, der Minister, wolle das Placetum regium auch für Glaubens- und Sittenlehren festhalten, jedoch nicht für die rein geistlichen Angelegenheiten.

\* Abgeordnetenhaus. Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte der Minister v. Cuny aus, er halte Spezialgesetze für wichtiger als das Placetum regium, wie er schon am 23. November 1871 im Reichstage er-

### Die Wilderer.

Roman von Paul Fromel.

(Nachdruck verboten.)

„Mich fröstelt ein wenig,“ lautete seine Erklärung, wenn er aber die Wahrheit hätte gefassen wollen, so hätte er sagen müssen, daß ihn eine unerklärliche Anwandlung von Furcht bei dem Aufgähnen der dunklen Umwandlung überkommen habe, die er freilich eben so schnell unterdrückte, als sie ihm aufstieg.

Sich schüttelnd, trat er entschlossen auf die hinabführenden Stufen, dem vordringenden Lehrer nach. Fräulein von Diefhorp und der Geißliche folgten.

Der Lehrer blieb unten vor einem Gegenstande stehen, den das Auge wegen des herrschenden Dämmerlichtes nicht sogleich zu unterscheiden vermochte.

„Was ist das?“ fragte der Graf.

„Ein Sarg!“ erwiderte der Lehrer, „der Sarg der zuletzt hier Begrabenen, der letzten Freiin von Finsterburg.“

„Sie ist früh gestorben,“ erläuterte der Prediger, „und war, wenn auch nicht ohne menschliche Freyhüner, eine vortheilhaftige Dame und Mutter.“

„Mutter?“ fragte der Graf, bei dem das Gefäß von vornhin noch nachgabte und der sich durch das Wort eigenenthümlich hülfte.

„Ja, eine zärtliche Mutter ihres Sohnes, der auf unerklärliche Weise früh verloren ging, und auch eine Mutter der Armen, die durch ihr grandvolles Hinsterben einen großen Verlust erlitten. Ihre Güte und Liebe wird nicht vergessen, das Volk hält sie im treuen Gedächtniß.“

Der Lehrer leuchtete über die silberne Inschrift hin, welche in das dunkle Eisenholz des Sarges eingelaufen war, so daß dieselbe gelesen werden konnte:

Berta, Freiin von Finsterburg, geborene Starken.

Der Graf starrte lange auf die Inschrift, als ob sie für ihn etwas besonders Räthselhaftes enthalte. Auch Fräulein Diefhorp blickte sich ziemlich heimlich.

Als des Todes ihren feinen Eindruck auf sie nicht zu verschleiern, oder war es das Andenken gerade an diese Verstorbenen und an ihr trauriges Geschick, welches sie ergriff?

„Dies ist der Sarg einer anderen Freiin von Finsterburg, die ein ganz ähnliches Schicksal erleiden mußte, wie dort ihre Schwägerin, mit der sie, obgleich ebenfalls eine vortheilhaftige Frau, wie man sagt, nicht in Einklang lebte. Jetzt ruhen beide in Frieden nebeneinander und mögen aus dem Jenseits wohl lächelnd auf diesen einzigen Freyherrn ihres Lebens zurücksehen.“

Der nächstfolgende Satz war der des Gemahls der Letzteren, des Barons Diefhorp, des älteren Bruders des jetzigen Barons.

Als man bei diesen Särgen vorüber war, wurde Fräulein von Diefhorp restlos. Sie kannte die Namen aller welche hier den ewigen Schlaf schliefen, und wußte trefflich auszuhehlen, wo die Kennnis des Predigers und Schulmeisters Widen zeigte. In der Genealogie und Chronik des ihr so nahe verwandten Hauses wußte sie vortheilhaft Bescheid und gar Vieles über die alten Ritter und Gelehrten zu berichten, deren Bilder meistens in die Steine eingehauen waren, unter denen sie schlummerten.

Nachdem das Begehren auf diese Weise beseitigt war, wurde auch die Kirche in ähnlicher Weise durchgegangen. Zuletzt schloß der Kantor die Sakristei auf, und der Prediger bemerkte:

„Nun zum guten Ende noch etwas recht Hübsches!“

Mit diesen Worten öffnete er die doppelte Thür eines schweren eisenbeschlagenen Schranke und zeigte den erstaunten Blicken der Besucher eine Anzahl kostbarer Kirchengesäße, Altar- und Kanzelbeden, in deren Gold und Silber sich das stimmende, funkelnde Sonnenlicht hundertfach brach.

Auch des Grafen Wunde, die bisher ziemlich verstimmt gewesen, funkelten beim Anblick des kleinen Schreines; er fragte: „Ist das echt?“

„Alles!“ versicherte der Geißliche mit Behagen, „und wenn es nicht so gut und doppelt verwahrt wäre, würden wir es nicht hier lassen können. Aber sehen Sie diese Schloßer und Doppelthüren, dann diese starken Gitter vor dem engen Fenster und wieder diese mächtigen Thüren vor der Sakristei! Es sind diese Gesäße fast alle Geschenke der früheren Barone, manche stammen noch aus der katholischen Zeit, und sie würden wohl im Bauernkriege, sowie im dreißigjährigen oder irgend einem späteren Kriege geraubt worden sein, wenn sie nicht in solchen Zeiten glücklicher Weise immer ein sicheres Asyl im Schloße gefunden hätten. So sind sie denn auf unsere Zeit gekommen, in welcher Gottlob eine größere Sicherheit herrscht. Nicht wahr, man vermunset so etwas in unserer alten unseligenen Vorzeiten nicht?“

Der russische Graf, der sich einzelne Stücke noch näher erklären ließ und einige in der Hand wog, um sich von ihrer Schwere zu überzeugen, schien sich förmlich an dem blinkende Gold und Silber zu weiden, bis der Pfarrer den Schatz, auf den er nicht wenig stolz zu sein schien, wieder

verschloß. Es war dies nur natürlich, große Herren sieben kostbare und zumal alte Gesäße.

Unterdesen hatte Adelheid ihre gewöhnlichen Vorktionen genommen und war durch das dann folgende Gespräch mit Wintler, welches Thore Hartmann betraf, wieder an die dunkle Periode des Hauses Finsterburg erinnert worden, daß sie nach Wintlers Fortgange sich ganz im Nachdenken über jene traurigen und noch nicht aufgehellten Begebenheiten verließ, auch Erinnerungen an ihre Kindheit wurden dadurch wachgerufen, und die Erwägung des Nittertaales von Seiten der Frau Martje hatte überdem in ihr nachdringende Empfindungen angeregt, welche damit verbandt waren und das willkürliche Frauen dabei das was in der Kindheit beim Anhören von Spitzgeschichten zu haben pflegten. Sie erinnerte sich jetzt, einmal als Kind in jenem gewöhnlich verschlossenen gehaltenen Saale gewesen zu sein und der lebhaft Wunsch wurde in ihr laut, denselben wiederzusehen. Sie ließ daher vom Kostellan die Schlüssel fordern. Dieser, ein alter, ehewürdig aussehender Mann, brachte sie selbst, und erbot sich, ihr als Führer zu dienen. Adelheid wies jedoch kein Anerbieten zurück; sie wollte allein sein und ließ sich die betreffenden Schlüssel übergeben.

Adelheid stieg nun in das höhere Stockwerk empor, wo fast das ganze Gebäude ein langer winkliger Korridor durchfloss, in welchen eine Menge Thüren von allen den verschiedenen größeren und kleineren Gemächern mündeten, und welche letzteren dieses jetzt fast ganz unbenutzte Stockwerk bestanden. Gegenüber der Zimmerseite befanden sich in der Wand Fensternischen mit darin angebrachten Steinfiguren, deren sich einst die alten Bewohner und Bewohnerinnen zur Raft bedienten, um während derselben gleichzeitig einen Wind ins Freie wehen zu können. An der einlamten Stelle, am Ende dieses einsamen Ganges, befand sich der sogenannte Nitteraal.

Adelheid öffnete die schwere Thür, deren selten gebrauchte Angeln leuchteten, mit einiger Mühe und sah sich nun in einen großen Raum, dessen Wände auf drei Seiten mit alten Porträts bedeckt waren, während auf der vierten Seite die alterthümlichen, aus kleinen runden Scheiben bestehenden Fensterschloß das nötige Licht heranzuliefern.

Auch alte Sessel, Spinden und Truhen standen an den Wänden und zwischen wie unter den Gemälden hingen alle Waffen, Helme, Schilde, Arm- und Beinrüstungen, Schwerter, Lanzen und Streitäxte.

(Fortsetzung folgt.)

läßt habe. Er halte jedoch an demselben fest, da andere Bestimmungen für das Auktionsrecht und die Schutzpflicht des Staates fehlten. „Wir wollen nichts als das Recht, das wir besitzen, und worin der Staat der Kirche keinen Schutz zur Verfügung stellt.“ Nach Beendigung zahlreicher dokumentarischer Besprechungen für die Festhaltung des Placetum durch die früheren bayerischen Herrscher, sowie durch die meisten früheren und jetzt katholischen Dynastien, schließt der Minister: Nichts liegt ihm ferner, als eine Ermächtigung in reinen Glaubenssachen durch das Placetum. Was den zweiten Antrag angeht, so habe die Regierung eineswegs den Katholiken spezielle Sympathien entgegengebracht, sondern nur die bestehenden Zustände gebuldet. Man möge endlich anstatt der unausführlichen, rein akademischen Forderungen praktische, thatsächliche Beschwerden vorbringen. Der Minister fragt, ob denn das Centrum durch die Anträge nur die rein akademische Auslegung des Placetums durch den Prinzregenten herbeiführen wolle, oder ob es durch eine Verfassungsänderung dieselben zu verwirklichen hoffe. Dazu fehle die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit in der Abgeordnetenkammer und in der Kammer der Reichsräte. Aber selbst wenn die Verfassung geändert würde, würde das Centrum nichts Praktisches erreicht haben. Die Regierung würde jeden vorkommenden Fall einer Beschwerde von geistlicher Seite sorgfältig prüfen, oder auf theoretische Erörterungen verzichten. Finanzminister v. Nibel gab, hierauf im Namen des Gesamtministeriums die Erklärung ab, dass er stimme mit den Anschauungen des Kultusministers bezüglich des Placetums vollkommen überein. Abgeordneter v. Schaff erklärte im Namen der Linken, daß in Gemäßheit der Verfassung und der Verfassungsgeschichte diese Anträge nicht zur Abstimmung geeignet seien. Das Placetum sei eine Gewährung der Gewissensfreiheit und der Gleichberechtigung der Konfessionen.

**Wien,** 6. Nov. Wie die „Polit. Korresp.“ erfährt, würde die Kaiserin Kaiser Wilhelm VI bei seiner Rückreise aus dem Orient mit dem Kaiser von Oesterreich auf österreichischem Boden zusammenzutreffen. Die Zusammenkunft, welche einen durchaus unangenehmen und fremdschmeichlerischen Charakter, ohne jede Einflößung von Brudertauglichkeit, werde voraussichtlich in Innsbruck stattfinden, da es schließlich, daß der deutsche Kaiser auf der Heimreise die Route über den Brenner benutzte. Der Tag der Abreise sei noch unbestimmt und hänge von Zufälligkeiten der Seereise und des Jagdangesüßens des deutschen Kaisers ab, welcher nach der Ankunft in Venedig stattfinden soll.

Die Abgeordneten Kaiser und Urbin sind ebenfalls aus dem Verbands der Deutsch-Nationalen des Abgeordnetenhauses ausgeschieden. Der deutsch-nationale Verband ist damit aufgelöst.

**Wien,** 6. Nov. Das Abgeordnetenhause lehnte den Antrag Franzi's, den Landesverteidigungs-Minister Fejervary wegen der Monarchen-Jahresangelegenheit in Anklagezustand zu versetzen, mit 245 gegen 70 St. ab.

**Rom,** 5. Nov. Der „Esercito Italiano“ bezeichnet die Behauptung des „Matin“, daß Italien zur Zeit der französischen Kammerwahlen, um den Folgen eines möglichen Weite eintretenden Uebergangs der französischen Regierungsgewalt auf Bonaparte zu begreifen, in der Alpenregionen 80,000 Mann unter die Waffen gerufen habe, welche, als die Gefahr vorübergegangen, wieder entlassen worden seien, als eine jeder thatsächlichen Unterlage entbehrende Erzfindung. Das „Matin“ hat nun, zu der gedachten Zeit seien nur 30,000 Mann und zwar auf Grund eines bereits am 24. März d. J. erlassenen Befehls des Kriegsministers zur Vornahme von Uebungen einberufen worden. Die Anordnung des Kriegsministers sei demnach zu einer Zeit erfolgt, wo man die Gefahr eines Angriffs auf Italien, von welchem der „Matin“ behauptet, daß er in Italien befürchtet worden sei, sicherlich nicht habe voraussehen können.

**Paris,** 6. November. Die „Patrie“ veröffentlicht einen Artikel über den Versuch des Prinzen von Wales in Ägypten, welcher den Ausführungen des „Journal des Debats“ über denselben Gegenstand analog ist. Die „Patrie“ sagt, die Franzosen in Cairo hätten sich nicht durch ihre Gegenwart Kundgebungen anschließen wollen, die dem Ansichene nach einer thatsächlichen Lage, welche nicht anders sei als eine direkte Verleugung des internationalen Rechtes, eine offizielle Weige erhielt hätten.

\* König Milan hat sich gegen Wien demüthig erklärt, indem er an Jagden hat sich ergeben.

**London,** 6. November. Eine Deputation der Eigentümer der Schiffe, welche gestern eine Besprechung mit dem Lordmayor, dem Kardinal Manning und dem Deputirten Dixon hatte, bezeichnete die Forderungen der Schiffe als unbillig und unvernünftig. Die Konferenz verlagte sich auf heute, wo Delegierte der Schiffe an derselben teilnehmen sollen. Die Zahl der Streitenden ist auf 5000 bis 6000 gestiegen.

Die amtliche „London Gazette“ veröffentlicht die bereits von Lord Salisbury einer Deputation gegenüber erwähnten Depeschen des englischen Consuls in Canoa über angebliche türkische Gewaltthatigkeiten auf Acrea. Der Consul meldet in diesen Depeschen, die genaueste Untersuchung hätte ergeben, daß die bezüglichen Anlagen nur theilweise begründet, zum Theil jedoch übertrieben seien; er schreibt die Ähren auf Acrea dem Verhalten der türkischen Beamten zu und empfiehlt einen durchgreifenden Vornachschuß.

\* Ein Telegramm der „Times“ aus Zanibar vom 5. d. MtS. meldet, daß die Nachricht von der Ermordung des Afrika-Expedanten Dr. Peters und seiner Gefährten authentisch sei. Dasselbe ist nach Samu gebracht worden.

\* **Konstantinopel,** 6. November. Die Abreise der kaiserlichen Majestät ist auf heute Mittag 12 1/2 Uhr festgesetzt.

\* Se. Majestät der Kaiser Wilhelm und Ihre Majestät die Kaiserin Augusta Victoria sind präcise 2 Uhr Nachmittags von hier nach Benedig abgereist.

\* Die „Agence de Constantinople“ meldet: Die Nachrichten aus Athen, wonach Scharif Pascha mit drei Kriegsschiffen und einem Regiment abgehen sei, um in Ephraa eine Meuterei der Truppen vorzubringen, wird offiziell als unwarh bezeichnet. Es sei zwar richtig, daß türkische Kriegsschiffe an den Küsten kreuzen und Scharif Pascha das Innere bereise, dies wären jedoch nur Vorsichtsmaßregeln. Die türkischen Truppen zeigten unausgegessene strenge Disciplin.

\* **Neu-York,** 6. Nov. Bei den Staatswahlen stiegen in Staat und Stadt Neu-York die Demokraten mit Majoritäten von 10,000 bis 20,000 S. In Virginia und Newjersey, wo die Demokraten ebenfalls stiegen, beträgt ihre Majorität 35,000 bzw. 8000 St. Die Demokraten gewannen ferner bedeutend in Maryland und Iowa. Die Republikaner stiegen in Massachusetts mit vermindertem, in Pennsylvania mit einer vergrößerten Majorität von 60,000 St. Derselbe wolle auch in Ohio gestiegen haben. Die künftige Parteiparticipation im Repräsentantenhaus wird sich erst in einigen Tagen übersehen lassen.

Die spanische Regierung zahlte heute an den Jesuitenorden 80,000 Pund Sterling Entschädigung für die im Jahre 1800 eingezogenen Ordensglieder aus.

\* **Melbourne,** 6. November. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat das englische Kriegsschiff „Hoplark“ mehrere Dörfer der Salomon-Inseln, wo unlängst von den Eingeborenen ein Engländer, Namens Nelson, ermordet und mit drei eingebrachten Knaben verzerzt worden war, bombardirt. Die Bewohner der Dörfer flüchteten in das Gebirge.

Fortsetzung der Politiken und Tages-Correspondenz siehe Seite Nachrichten und Telegramme.)

### Provinz und Reich.

(Der Wärdner unserer Originalartikel ist nur mit genereller Verantwortlichkeit gehalten.)

\* **Tenthsenthal,** 6. Nov. Nach langen Bemühungen ist endlich erreicht worden, daß die königliche Gesundheitsdirektion Frankfurt a. M. die Zustimmung erteilt hat, daß in Rheinsleben an der Eisenbahn hier und Oberbröhlungen an der Elbe für die Notbehaltung der Bahn Halle-Cassel eine Haltestelle eingerichtet werden soll.

**Rom** Oberhaupt, 6. November. Endlich wird die lange geplante und erstrebte Schenkung und Auktionsversteigerung auf dem Gebiet des großen Klosters, jener herrschaftlichen Herrschaft inmitten des Dreiecks, das die Borgrate St. Anthonis, St. Servats und Austerberg bilden, zur Wahrnehmung. Die nächstgelegenen Karlshof-Zweigeinrichtungen Austerberg und Herzberg haben je 300 Mt. bewilligt, vom Centraal sind mindestens 300 Mt. in Aussicht gestellt. St. Anthonis, Gebet u. werden sich kaum überschätzen können und so sind die auf vorläufig 1200 Mt. bemessenen Kosten eines festen Gebäudebaus mit Auktionshäusern nach dem Willen des unlängst auf der Gesundheitsdirektion errichteten, eifrig. Der Klostler bietet die Bauländereien zu den Bedingungen der Provinzverwaltung; der Zugang ist von vielen Seiten reissend und wenig beschwerlich; nur möchte im Hinblick auf die zweiwöchentliche Zersetzungsverbindungen wissenschaftlich erachtet, neben den baulichen Vorarbeiten zu überlegen, was auch noch die einfache Bewirtschaftung zu ermöglichen. Die Nachbarkloster sind der Hauptmann werden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie die Konzeption zu einem großen und Bierauswurf für den Klostler im Interesse der Nachbarorten zu erlangen müßten. Ein Unternehmern ist sich sicher.

\* **Deffau,** 6. November: Am nächsten Sonntage den 9. November, am Vorabend von Luther's Geburtstag, wird der Provinzverein des evangelischen Bundes hier im großen Saal des „Hotel“ eine Lutherfeier veranstalten, wobei Herr Professor Voigt als Halle einen Vortrag halten wird über das Thema: Was machte Luther zum Mann des Volkes und was ihm und was kann ihm noch heute die Kirche des Volkes leisten? Die Gelänge führt der Lehrverein aus.

\* **Wauzen,** 6. November. Die hierige Firma Gebrüder Wegmann hat in Anbetracht der Verschönerung aller Lebensmittel, sowie im Hinblick auf die Steigerung der Rohleware einer Heuerungsanlage zu geschritten, welche je nach den Interessen und Lebensverhältnissen der einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen monatlich 1 bis 4 Mt. beträgt. Die Firma beschäftigt nahezu 600 Arbeiter.

\* **Wachen,** 6. November. Gestern Mittag gegen 11 Uhr wurde im Gewässer in der Stadt, wo auch in welchem Grade von südlichen Stadtheile schlagen die Blumen zum Himmel empor, es brante die Maschinenfabrik von Johann Mhe. Die letztere um Stelle geeulte Feuerwerk konnte des Feuers in der Fabrik nicht Herr werden. Sie mußte sich damit begnügen, den Feuerloch einzuschütten, was ihr auch gelang. Das Feuer hat sich auf dem Modellbühnen entzündet, was jetzt sind Dachstuhl, Speicher und die oberen Stagen samt Maschinen und Einrichtungen verbrannt. Menschlichen sind nicht zu beklagen, da in den oberen Räumen sich Niemand befand.

\* **Grißberg** i. Schl., 6. November. Dem Vernehmen nach ist der wegen Unterschlagung verurtheilte Konfessionsbote, der heute Vormittag in Koblenze in Böhmen verhaftet worden. In seinem Besitz sollte 60,000 Mt. vorgefunden sein.

\* **Wiesbaden,** 6. November. Die Oder ist theilweise ausgeleert. Die Deichböten zerfallen, Dämme, Wehre und Wehrschwü sind überflutet. Das Wasser steigt noch.

\* **Dels,** 6. November. Der König von Sachsen vergrößerte seine Besitzung in Eiblenort durch Ankauf des Gutes Langemühl. Eine weitere Vergrößerung steht bevor.

\* **Als** Wärdner, 6. November. Die Provinzialbehörden haben feststellen lassen, wie oft und in welchem Grade von Oktober 1888 bis dahin 1889 in den Seelächtschiffen die Tuberkulose oder Brusttuberkulose beobachtet wurde. Das heftigste Verbreitung des gefährlichen Uebels. An einer Stelle im Norden der Provinz waren von rund 2200 geschätzten Thieren über 60 mehr oder weniger tuberkulös. Dem Ansehen nach wird die Krankheit mehr durch Anreicherung durch Vererbung übertragen, denn bei Kühen ist sie äußerst selten vorhanden. Die Erkrankungen mit der darauf gefolgten geadlichen Neuzugungen werden geeignete Verwendung finden.

### Gabel, Verkehr und Volkswirtschaftliches. Preise zu Halle a. S.

Halle a. S. den 7. Novbr. 1888.  
Preise mit Einschluß der Wertzettel per 1000 Pfund netto.  
Weizen entgr. 165-192 Mt. — Roggen feil 170-177 Mt.  
bei schwachen Angeboten. — Gerste rubig. Braugerste 170-190 Mt.  
Vochelsteine in Böden bis 197 Mt. Mittelqualitäten weniger beachtet. — Futter feil. 158-165 Mt. — Weizen — Mt.  
— Hülsen — Mt. — Erbsen Strohca 177-186 Mt.  
— Stroh entgr. fed. per 100 kg netto 38 Mt. —  
— Stärke incl. Fuß von 100 Kg Anhalt der 100 Rto netto. Cass.  
Brima-Weizen 88.50-89.50 Mt. Abfallende Ernten billiger.  
— Weizen — Mt. — Bohnen — Mt. — Lupinen — Mt.,  
— Klebarten: —  
— Futterartikel: rubig. Futtermehl 13-15 Mt. — Roggenmehl  
9.75-10.25 Mt. — Weizenmehl 8.75-9.00 Mt.  
Weizenpreisliste 9.00-9.25 Mt. Maispelme helle 10.50-11.50  
Mt. dunkle 9.00-10.00 Mt. Kartoffeln 14.50-15.50 Mt.  
Mais 29.50-31.00 Mt. Hülsen 70.00 Mt. Petroleum  
25.00 Mt. Solaröl 0.825/30° mapp. 17.50-18.00 Mt.  
Veritas fest, a 1000 Liter-Procent. — Kartoffelbrannt  
mit 50 Mt. Verbrauchsschubge 53.40 Mt., mit 70 Mt. Verbrauchs-  
schubge 58.00.

Berlin, 6. Novbr. Weizen pr. 1000 Kilogr. loco 178-192 nach Qua-  
lität gehobert. Per Novbr.-Debr. 188.35-189.75 — bei, per Dez-  
Jan. — bei, per April-Mai 191.25-191-191.75 bes., per Juni-Juli  
183.00 — bei, Preis 183 Mt.  
Roggen der 1000 Kilogramm loco 162-172 nach Qualität gehobert.  
Guter höherer 168-166 ab Bahn bes., niedriger 168.50 ab Eisen bes.  
per Novbr.-Debr. 167.50 bes., per Nov.-Dez. 167-168.50 bes., per  
Dez.-Jan. — bei, per April-Mai 168-169.75 bes., per Juni-Juli  
167.75-167.50 bes., fed. 400 T, Preis 167.25 Mt.  
Gerste loco per 1000 Kilogr. 127-305 nach Qualität gehobert.  
per 1000 Kilogr. 148-172 nach Qualität gehobert, mittel  
und guter oft und weisse. 190-164 bes., nomm. u. u. u. u. u. u.  
161-164 bes., mittel und unter feil und böhm. 160-164 bes., feiner  
165-167 ab Bahn bes., verlässiger 160-160 fed.  
Roggen bes., per Novbr. 168.50-169.25 bes., per Novbr.-Debr. 168-168  
bes., per Dez.-Januar — bei, per April-Mai 157-157.75 bes., per  
Juni-Juli 157-157.50 s. fed. 50 T, Preis 157 Mt.  
Weizen loco per 1000 Kilogr. 124-130 nach Qualität gehobert, per  
Novbr. — Mt., per Novbr.-Debr. 123.50 bes. u. 0.8, per April-Mai  
122.25 bes. u. 0.8, per Juni-Juli — bei, fed. 50 T, Preis 123.50  
Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.  
Erbsen: Roggenart 105-205 Mt., Futterart 154-184 Mt.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Nachdem das von den städtischen Behörden unterm 28. 29. October cr. beschlossene Resolutionsstatut in Betreff der Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 45 auf 54 Seitens des Bezirksausschusses zu Merseburg unterm 1. November cr. bestätigt worden ist, sind im Anschluß an die diesjährigen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen für die Wahlperiode vom 1. Januar 1890 bis Ende December 1895 9 neue Stadtverordnete zu wählen und zwar für jede der drei Wahl-Abtheilungen 3. Von den Neugewählten scheidet alle zwei Jahre ein Drittel aus (§ 18 der Städteordnung) und wird die Reihenfolge des Ausscheidens statutenmäßig in der ersten im Jahre 1890 stattfindenden Stadtverordneten-Sitzung durch das Loos bestimmt. Da für die Wahlen der dritten Abtheilung gemäß § 14 der Städteordnung fünf Wahlbezirke bestehen, von dieser Abtheilung aber nur 3 Stadtverordnete zu wählen sind, so haben wir beschlossen, die Neuwahlen je eines Stadtverordneten von dem 3., 4. und 5. Wahlbezirk, als den größten der fünf Wahlbezirke, vornehmen zu lassen.

Zur Ausführung dieser Neuwahlen haben wir nachstehende Termine anberaumt, und laden die Wahlberechtigten hierdurch ein, im Sitzungssaale der Stadtverordneten-Versammlung zu erscheinen und dem Wahlvorstande ihre Stimmen abzugeben, und zwar:

1. Die Wahlberechtigten der III. Abtheilung:
  - a) des 3. Bezirks, Dienstag am 26. November cr. Vorm. 10—1 Uhr,
  - b) des 4. Bezirks, Mittwoch am 27. November cr. Vorm. 10—1 Uhr,
  - c) des 5. Bezirks, Donnerstag am 28. November cr. Vorm. 10—1 Uhr.

2. Die Wahlberechtigten der II. Abtheilung: Freitag, am 29. November cr. Vormittags 10—1 Uhr,

3. Die Wahlberechtigten der I. Abtheilung: Sonnabend, am 30. November cr. Vormittags 10—1 Uhr.

Die den Wahlberechtigten in den nächsten Tagen für die gewöhnlichen Ergänzungswahlen zugehenden besonderen Einladungen sind auch zu den obigen Neuwahlen mitzubringen, um das Auffinden des betreffenden Wählers in der Bürgerrolle zu erleichtern.  
Halle a. S., am 5. November 1889. Der Magistrat. Staudt.

## Bekanntmachung.

Die Liste der Genossen der Genossenschaft: „Vereinigte Dienst-männer, Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht“ zu Halle a. S. ist gemäß §§ 164 ff. des Gesetzes vom 1. Mai 1889 berichtigt und ist während der Dienststunden des Gerichts deren Ein-sicht Jedem gestattet.

Die in der Liste aufgeführten Personen, welche behaupten, daß sie am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes vom 1. Mai 1889 nicht Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind, oder daß ihr Ausscheiden nicht richtig in die Liste eingetragen ist, sowie die in derselben nicht aufgeführten Personen, welche behaupten, daß sie an dem bezeichneten Tage Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind, werden aufgefordert, ihren Widerspruch gegen die Liste bis zum Ablauf einer Ausschluß-frist von einem Monat seit dem Erscheinen des diese Bekanntmachung enthaltenden Blattes schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers zu erklären.

Eingebunden gegen die Liste bleiben den vorbezeichneten Per-sonen vorbehalten, sofern sie bis zum Ablauf der Ausschlußfrist in der angegebenen Form den Widerspruch erklärt haben oder hieran ohne ihr Verschulden verhindert waren und binnen einem Monat nach Be-rettigung des Widerspruchs den Widerspruch schriftlich oder zum Pro-tokoll des Gerichtsschreibers erklärt haben.

Nach Ablauf der Ausschlußfrist ist für die Mitgliedschaft am 1. October 1889 der Inhalt der Listen maßgebend.  
Halle a. S., den 31. October 1889.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung VII.

## Bekanntmachung.

Die Auktion der verfallenen, bei dem unterzeichneten Leihhame in den Monaten Juli, August und September 1888 verpfändeten und er-neuerten Pfänder, welche die Pfandnummern 24741 bis 37600 tragen und deren zugehörige Pfandscheine in grünem Druck angesetzt sind, findet

Freitag am 15. November d. J. Vormittags von 10 bis 12 Uhr und Nachmittags von 1/4 4 bis 5 Uhr und an den folgenden Wochentagen Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 1/4 4 bis 5 Uhr, bis zu ihrer Veräußerung, im Auktionslokale des Leihhauses an der Marktkirche Nr. 4 statt.

Zur Veräußerung gelangen: goldene und silberne Taschenuhren, sonstige Gold- und Silbergegenstände, wie: Ketten, Ringe, Löffel etc., Betten, Leib- und Bettwäsche, neue und getragene Kleidungsstücke, Schuhwerk, Plätten und verschiedene andere Sachen.  
Halle a. S., am 17. October 1889.

Das Leihhaus der Stadt Halle a. S.

Den Eingang von Neuheiten in  
**Tisch-, Menu- u. Tanzkarten**  
zeigt an  
**Otto Strube,**  
Barfüßerstraße 10.

Ziehung am 14. November 1889.  
Hauptgewinn 10,000 Mark.  
Große Kölner Ausstellungs-Lotterie.  
Loose à 1 Mk. in der Exp. d. Bl.

## Otto Struve, früher A. Stoll,

(Inhaber: Hünicke & Sander)

### Weingrosshandlung Halle a. S.

macht darauf aufmerksam, daß sich Verkaufsstellen seiner Weine zu Originalpreisen befinden bei Herren:

Paul Regel, Bernburgerstr. 28, Julius Regel, Steinweg 45/46, Feod. Hünicke, Wettin a. S.,  
Heinr. Pletsch, Merseb.-Str. 41, D. Zeichmann, alt. Brom. 28, Ose. Schönbrodt, Mühlh. 1/2h,  
F. P. Weber, v. d. Steinh. 9, Ferd. Engel, Merseburg, Wilh. Weise, Hühnsiedt.  
— Sämmtliche Flaschen tragen Etiquettes mit Firma.

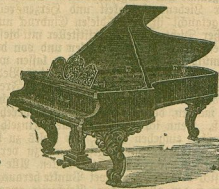
## Julius Blüthner's

### Pianoforte-Magazin,

Reparatur-Anstalt.

Halle (Saale), Poststr. 15, I.

Lager von Harmoniums.



## Grosser Berlin Halle a. S.

in der 140 Fuß langen rathen eisernen Bude.

Europa's erste und größte

### Walfisch- und Nordpol-Ausstellung.

### Europa's grösste Walfisch-Ausstellung



Der Koloss ist 82 Fuß lang und hat jetzt noch das Gewicht von 10,600 Pfund, der Kopf allein 4000 Pfund und hat Raum für eine Musikcapelle von 12 Personen. (Es ist einem Jeden erlaubt, im Kopf des Walfisches Platz zu nehmen).

#### II. Abtheilung:

##### Harpunen- und Waffen-Ausstellung.

1000 verschiedene Harpunen und Kanonen mit Walfischfang vom 17. Jahrhundert bis zur Neuzeit. Dynamit-Bomben-Harpune, großer elektrischer Apparat, den Walfisch zu tödnen. Doppel-Kanone, zwei Harpunen zugleich zu schießen. Handwurf-Harpunen und Lansen (alles Original-Waffen).

#### III. Abtheilung:

##### Eine große Sammlung verschiedener Fische.

als: Haifisch, Sägefisch, Mondfisch, Delphin, Stachelhais, Frotzfisch, Teufelsfisch, Koffersfisch, sowie 100 verschiedene andere Fische und Seevögel.

#### IV. Abtheilung:

##### Ethnologische Sammlung aus Neu-Guinea

(Kaiser Wilhelms-Land) bestehend aus 400 Nummern.

#### V. Abtheilung:

Neu! Die Meerfrau Neu! Dugong oder Sirene aus dem rothen Meer, halb Fische, halb Mensch, wurde erst vor einigen Monaten gefangen und im Leipziger zoologischen Institut präparirt.

Die Ausstellung wurde jetzt in Dresden von Sr. Majestät dem König von Sachsen und Ihrer Majestät der Königin nebst allerhöchstem Gesolge zum zweitenmale besucht.

Die Ausstellung ist von Morgens 9 bis Abends 10 Uhr geöffnet.

Entrée 30 Pfg. Schulen u. Vereine nach Uebereinkunft. Hochachtungsvoll Capt. Gust. Röhl.

Mehrere auf Mäntel gut eingeebte

## Näherinnen

werden für meine Arbeits-stube bei hohem Lohn ge-sucht.

Bruno Freytag.

## Die Volkstüche

befindet sich Brunnstraße 16. Das Lösen von Marken für den folgenden Tag ist nicht mehr erforderlich, da eine ausreichende Portionszahl stets vorrätig sein wird. Anweisungen auf ganze Portionen à 25 Pfg., auf halbe à 15 Pfg., welche an beliebigen Tagen verwendet werden können, sind nur bei Herrn Louis Sachs, große Ulrichstraße 24, zu haben.

### Die Verwaltung d. Volkstüchle

#### Gustav-Adolfs-Fest.

Am Sonntag d. 10. Novbr. cr. Abends 5 Uhr wird zu St. Moritz das Jahresfest des hiesigen Zweigvereins der Gustav-Adolfs-Stiftung durch einen Gottesdienst geleitet werden, bei welchem Herr Superintendent Stülch aus Seiligenstadt predigt. Alle Freunde des Reiches Gottes werden zu dieser Feier herzlich eingeladen.

#### Der Vorstand.

Saran.

## Brenn. Beamten-Verein.

Donnerstag den 7. November cr. Abends 8 Uhr im „Brenn Carl“ Vortrag des Regiments-Schreiber aus Berlin. Die ord. u. ankerord. Mitglieder werden erl. eingeladen. Auch die Familienangehörigen haben Zutritt.

#### Der Vorstand.

Taeglichbeck.

Ein bedürftiger stud. theol. (II. Sem) ist bereit, gegen ganz mäßiges Salair oder Abendfrüchtl Privatunterricht (auch in Mathematik, Hebr.) zu erteilen oder die Nachhülfe über Schularbeiten zu führen. Mehrere vorhanden. — Näheres durch die Expedition dieses Blattes unter O. W. 1001 oder Garten-gasse 9a, II.

#### Ehrenerklärung.

Ich erkläre hiermit den Geschirrführer Hrn. Gust. Engelmann Thorstraße 26 für einen ehrlichen und rechtschaffenen Mann und nehme die Ende September cr. ausgesprochene Anschuldbildung zurück.

#### Minna Boenike

geb. Lutze.

Kleines Verbandsfächchen, Instrumente enthaltend, verloren Gegen Belohnung abzugeben Friedrichstraße 12, part.

Ein junger brauner Hund zuge-laufen, abzuholen Breitefer. 24.

Für den Inzeratenteil verantwortlich Curt Kietzschmann in Halle.

Siehezu 1 Beilage.

## Concert im Prinz Carl.

Freitag den 15. November 1/8 Uhr.

### Frau Etelka Gerster,

Königl. Preuss. Sängerin.

Miss Lucy Campbell, Cellovirtuosin.

Mr. Percy Therwood, Pianist.

Programme und Billets 4 A 1. Parquet; 3 A 2. Parquet A 2 unummert; A 150 Eintritt sind in der Musikalienhandlung von Heinrich Rarmrodt (Georg Patzcker) Barfüßerstr. 19 zu haben.

Concertflügel aus der Fabrik des Herrn Commerzienrath Blüthner, Leipzig, Filiale hier.

Neue und geb. Möbel aller Art verk. billig Brunnstr. 6.

### Loose à 1 Mark

der künftigen Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe in Weimar.

Ziehung 14.—17. Dezember 1889, zu haben in der Exped. d. Bl.

### Rothe Krenz-Lotterie

Loose à 3 M., Ziehung am 19. Nov. 1889, Exp. d. Bl.

Verlag und Druck von R. Kietzschmann in Halle.

Expedition des Halle'schen Tageblattes: Große Ulrichstraße 19, geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.